

**FINANZPROKURATUR**

Singerstraße 17-19

1011 Wien

Tel. 75 76 41 (Durchwahl) PSKto. 5500.017  
Zl. 3947-2/84-II/25727

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das ZDG geändert werden  
soll (ZDG-Novelle 1984)  
Begutachtung durch die Finanzprokuratur

11/SN-42/ME

GESETZENTWURF  
1. GEZ. 84

8. FEB. 1984

An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates

1984-02-10  
H. Hawac1010 Wien

Im Sinne des Ersuchens des Bundesministeriums für Inneres  
laut Note vom 10.1.1984, Zl. 94103/30-III/5/83, beehrt sich die  
Prokuratur, zum Ministerialentwurf einer ZDG-Novelle in 25-facher  
Ausfertigung folgend Stellung zu nehmen:

Eingangs muß die Prokuratur darauf verweisen, daß sie mit der  
Vollziehung des ZDG in keinem Punkte betraut ist, mit Ausnahme  
der Verträge nach § 41 Abs. 3 ZDG im ZDG keinerlei besonderer  
Anhaltspunkt dafür gegeben ist, der eine Befassung der Prokuratur  
aus Anlaß der Vollziehung des ZDG erwarten läßt und durch die  
vorliegende Novelle, die hauptsächlich Bestimmungen beinhaltet,  
durch welche das ZDG teils leichter und ökonomischer vollzogen  
werden soll, teils Unbilligkeiten beseitigt werden sollen, auch  
keine weiteren Anknüpfungspunkte zum Aufgabenkreis der Prokuratur  
geschaffen werden sollen. Insbesondere sind der Prokuratur der  
Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der  
Vollziehung des ZDG sowie die Stellungnahme der mit der Vollziehung  
des ZDG befaßten Stellen nicht zur Kenntnis gebracht worden, sodaß  
auch an diese Erfahrungswerte bzw. Vorschläge durch die Prokuratur  
nicht angeknüpft werden kann.

Insoweit also lediglich politische, ökonomische und Billigkeits-  
erwägungen in die Novelle Eingang gefunden haben, ist der Prokuratur

eine inhaltliche Stellungnahme versagt; sie kann daher nur dort inhaltliche Erwägungen anstellen, wo sich der Anknüpfungspunkt direkt aus dem Gesetz ergibt.

1. In diesem Sinne darf zur beabsichtigten Neufassung des § 23 Abs. 1 ausgeführt werden, daß die Aufnahme einer Verordnungs-ermächtigung zur Regelung der Dienst- und Ruhezeiten etc. lediglich eine Verlagerung des aus den Erläuterungen erhellenden Problems in die Verordnungsebene bedeutet. Wenn die Erläuterungen ausführen, daß der Zweck dieser neuen Bestimmung darin zu suchen ist, daß "eine Vereinheitlichung" gesucht wird, so steht dies, soweit für ho. einsehbar, möglicherweise im Widerspruch zu der in den Erläuterungen erwähnten Prämisse, daß je nach Einrichtung die Dienstzeit vielschichtig und teilweise weit über einen (nicht definierten) Normaldienst hinausgehend ist. Die Prokuratur befürchtet daher, daß durch eine - formell unbedenkliche - Verordnung, in welcher jedem einzelnen Teilgebiet der durch die Einrichtungen wahrgenommenen Tätigkeiten Rechnung getragen wird, ein im höchsten Maße kasuistisches Rechtsinstrument geschaffen wird, welches seinerseits aus der mehr oder weniger günstigen Dienstzeitregelung den Zivildienstwerbern Anlaß geben wird, sich für attraktive Sparten zu entscheiden.

2. Zum neu geplanten § 31 Abs. 7 darf bemerkt werden, daß durch diese Regelung zwar eine Milderung von Härtefällen erreicht werden mag, die lt. den Erläuterungen beabsichtigte Vermeidung dieser Härtefälle jedoch nicht erreicht werden wird, da der Gesetzgeber bei der Berechnung des zu gewährenden Fahrtkostenersatzes offenbar davon ausgehen soll, daß öffentliche Verkehrsmittel nicht benützt werden. Sollte daher ein Zivildienst Leistender ein kostenverursachendes Individualverkehrsmittel benutzen, so ist bei Motorfahrzeugen ein hoher Grad an Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die hieraus erwachsenden Kosten den Kostenersatz auf Basis eines Massenverkehrsmittels deutlich übersteigen. Unklar bleibt auch, auf welcher Berechnungsgrundlage der Kostenersatz dort berechnet werden soll, wo ein Massenverkehrsmittel auch theoretisch nicht zur Verfügung steht.

- 3 -

3. Letztlich weist die Prokuratur darauf hin, daß den Rechtsträgern die Verpflichtung zur Abhaltung der Grundlehrgänge i.S. des § 18a gem. § 41 Abs. 3 im Wege eines privatrechtlichen Vertrages übertragen werden soll; jedoch kann nach Ansicht der Prokuratur kein Zweifel daran sein, daß die Abhaltung der Grundlehrgänge in Vollziehung der Gesetze erfolgt (§ 1 Abs. 2 AHG). Daraus ergibt sich, daß aus ev. Fehlverhalten des Rechtsträgers bzw. seines Organes dem Zivildienstleistenden gegenüber Ansprüche nach dem AHG ableitbar sein werden, für welche der Bund als Rechtsträger einzustehen haben wird (vgl. Art. I der Novelle 1984). Ungeachtet dieser spezifischen Rechtsbeziehung ist im ZDG kein Weisungsrecht des Bundes an die den Grundlehrgang abhaltenden Rechtsträger vorgesehen, sondern lediglich die Möglichkeit der Überwachung (§§ 40, 55) gegeben.

Ansonsten bestehen gegen den vorliegenden Änderungsentwurf ho. keine Bedenken.

1984 02 03  
Der Präsident:

(Dr. Swoboda)

